Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.76.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38. u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen aus der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Sonntage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c.), bes. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Curt Heinsius Kgl. Hoflf. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tiockstrasse, Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. 6 Mal prämiirt, 80,000 Stück in Function. Kostenfreie Probe. — Geräuschlose **Thürschliesser.** Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in größter Auswahl billigst! **Friedrich Gappisch** Kgl. Sächs. Hoflieferant, DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Rahm. Fabrik: Fischhofplatz.

Dr. Kadner's Sanatorium Niederlössnitz bei Dresden. **Diätkuren.** Comfortables Haus. Elektrisches Licht.

Grösstes Lager! **Garten-Schläuche** Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt. Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt. Gummi-Fabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 25 Telephon 289.

Arthur Schmidt, Drogengeschäft Reisewitzerstr. 31 **Dresden-Löbtau** Reisewitzerstr. 31. Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten."**

Aluminium-Kühlapparate nach Prof. Dr. Gaertner, Wien. Neuester Apparat zur andauernden künstlichen Herabstimmung der Blut-Temperatur einzelner Körpertheile. Vielfache Verwendbarkeit bei Fiebernden, Kopf- u. Herzleidenden etc.

Franz Schuster, Bandagist u. Orthopäd, Breitestr., Ecke Wallstr. Fernsprech. Amt I. Nr. 2665.

Nr. 232. Spiegel: Zur inneren Krisis. Hofnachrichten, Verein der Naturärzte, Feuerwerk im Ausstellungspark, Evang. Arbeiterverein, Dresdner Schüler, Gerichtsverhandlungen. Deutsche Kunstausstellung. | Muthmaßl. Witterung: Allmähliche Besserung. | **Dienstag, 22. August 1899.**

Zur inneren Krisis.

Nach dem Scheitern der Kanalvorlage macht die Berliner Regierung mehr denn je den Eindruck der Hilflosigkeit und Unselbstständigkeit. Ohne bestimmte Befehle von der maßgebenden Stelle weiß sie zur Stunde offenbar selbst nicht, was nun geschehen soll und geschehen wird; ist sie sich doch über ihr eigenes Schicksal nicht im Klaren. Die liberalen Kanalfreunde versichern, daß die Niederlage, die ihr zugefügt wurde, so schwer ist, daß sie eigentlich nicht ertragen werden kann. Die „Nat.-Ztg." nennt die Niederlage die schwerste, die seit der Ablehnung der Reorganisation des Heeres anfangs der sechziger Jahre einem preußischen Ministerium im Abgeordnetenhaus bereitet worden ist. Die „Freis. Ztg." schreibt: „Kaum je zuvor hat eine Regierung im Reich und in Preußen parlamentarisch eine so schwere Niederlage erlitten. Auf keiner Seite traute man der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung mehr, glaubte weder an ihre Versicherungen, noch an einen bestimmten Willen und dessen folgerichtige Durchführung." Wäre die Regierung von ihrem „parlamentarischen Jena" selbst überzeugt, so müßte sie aus eigener Initiative abdanken. Denn auch für den Fall, daß die Auflösungsmaßregel beschlossen wird, würde sie sich bei einem nur geringen Maße von Selbstkritik sagen müssen, daß sie die Autorität und die Kraft nicht mehr besitzen kann, einen Wahlfeldzug unter der Kanalparole siegreich durchzuführen.

Der große taktische Fehler, den die Regierung noch in den letzten Stunden vor der dritten Lesung begangen hat, war die kritik- und willenlose Annahme der von der liberalen Presse mit stürmischem Jubel begrüßten Weisung, die konservative Opposition durch Einschüchterung und Drohung mit Ungnade zum Umfall zu bewegen. Wären die Konservativen vor solchen Drohungen von dem Standpunkt ihrer Ueberzeugungen, die zu vertreten sie verfassungsgemäß als Volksvertreter verpflichtet waren, auch nur um eines Haares Breite gewichen, so hätten sie politischen Selbstmord begangen. „Von den Konservativen", schreiben die „Hamb. Nachr.", „hätte ja, wie das Sprichwort sagt, kein Hund mehr ein Stück Brot genommen, wenn sie den plumpen und verfassungswidrigen Bedrohungen gewichen und ihre ehrliche Ueberzeugung aus Furcht, es nach oben hin zu verderben, preisgegeben hätten. Die Bedrohung mit der kaiserlichen Ungnade, so offen und unverblümt vor aller Welt ausgesprochen, ist das Ungeschickteste, was wir je in dieser Beziehung erlebt haben. Die Konservativen konnten und durften darauf keine andere Antwort haben, als ein verschärftes Nein, wenn sie nicht von aller Welt als charakterlose Streber, als willenlose Werkzeuge in der Hand der Regierung dastehen und auf absehbare Zeit zur politischen Ohnmacht verurtheilt sein wollten. Dazu waren denn doch die Erfahrungen, die sie seinerzeit mit ihrer pflichtwidrigen Nachgiebigkeit gegen die unlauteren Zumuthungen des Caprivismus in Sachen der Handelsverträge 2c. gemacht haben, zu bitter, als daß sie jetzt schon hätten vergessen sein sollen." Die Konservativen sind sich sehr wohl bewußt gewesen, was für sie auf dem Spiele stand. Ihr Führer Graf zu Limburg-Stirum erklärte es am Sonnabend mit Recht für seine Partei für ein kleineres Uebel, eventuell aus einer Wahlcampagne geschwächt hervorzugehen, als charakterlos und schwankend dazustehen. „Darum bleiben wir", sagte er, „auf unserem Punkte fest stehen; denn wir sind der Meinung: nur eine Partei, die bewiesen hat, daß sie frei und unentwegt nach ihrer Meinung votirt, die mit einem Worte Rückgrat gezeigt hat, kann einmal in späteren Zeiten werthvoll sein, wenn es darauf ankommt, sich im Kampfe gegen den Umsturz auf sie zu stützen." Vorher hatte der Führer des Bundes der Landwirthe v. Wangenheim erklärt: „Die konservative Partei ist keine Regierungspartei sans phrase ... Man hat die Regierung geradezu angebettelt, die Krone möge einen Druck auf die konservative Partei ausüben. Das hat keinen Erfolg gehabt, wir werden niemals unsere Meinung verleugnen."

Auch der preußische Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe hat sich für verpflichtet gehalten, die in der offiziösen und der liberalen Presse ausgegebene Drohungsparole gegenüber der konservativen Opposition seinerseits aufzunehmen. Unmittelbar vor den entscheidenden Abstimmungen wies er am Sonnabend auf die weittragenden Folgen hin, die sich aus der Ablehnung der Kanalvorlage für das Verhältniß der Konservativen zur Regierung ergeben müßten. „Die Ablehnung kann", sagte er, „nur unheilvoll auf das Zusammengehen der staatserhaltenden Elemente des Landes, namentlich auf das Zusammengehen auf dem Gebiet der Handelspolitik wirken." Die „Kreuzztg." schreibt hierzu: „Was Fürst Hohenlohe sagte, war nichts Anderes, als die Drohung, daß die konservative Partei, wenn sie sich jetzt nicht gefügig zeige, auch nicht auf die ihr erwünschte Berücksichtigung der Landwirthschaft bei dem Abschluß neuer Handelsverträge werde rechnen können. Gesetzt selbst, die Haltung der Konservativen verdiente in der That den Tadel, den sie von den Kanalfreunden erfahren hat, so dürfte darin für den verantwortlichen Leiter unserer Politik kein Anlaß liegen, die Landwirthschaft des ganzen Deutschen Reiches mit der Bestrafung zu bedrohen für die Fehler, die eine preußische politische Partei begangen hat." Wenn die Regierung das „Zusammengehen der staatserhaltenden Elemente, namentlich auf dem Gebiet der Handelspolitik" als eine Forderung erkannt hat, die im allgemeinen staatlichen Interesse geboten ist, so sollte man meinen, daß sie an dieser Forderung unter allen Umständen festhalten und sie nicht um deswillen aufgeben wird, weil die Konservativen, die ja unentbehrliche Träger dieser Sammelpolitik sind, gegen den Mittellandkanal, der das Zusammengehen der staatserhaltenden Elemente und insbesondere die Interessen-Solidarität von Industrie und Landwirthschaft durchkreuzt, opponiren. Fürst Hohenlohe ist der Ansicht, daß die Folgen der Ablehnung für die Sammelpolitik „unheilvoll" sein müssen, weil das Verhältniß der Regierung zu den Konservativen ein anderes werden müsse. Aber wer zwingt denn die Regierung, dieses Verhältniß zu ändern? Wenn sie aus dieser Aenderung unheilvolle Folgen für die staatserhaltende Politik erwartet, so sollte sie sich doch im Interesse des Gesammtwohls für verpflichtet erachten, eine solche Aenderung nicht eintreten zu lassen. Aber das Unheilvolle soll dennoch gethan werden, weil die konservative Opposition gegen den Mittellandkanal bestraft werden soll. Die Befriedigung des Rachebedürfnisses, durch das erkanntermaßen das Gesammtinteresse „unheilvoll" gefährdet wird, für wichtiger und dringlicher zu schätzen als die Erfüllung dessen, was die allgemeinen staatlichen, politischen und wirthschaftlichen Interessen gebieten, ist der Gipfel des politischen Dilettantismus, der Bankerott aller Staatsweisheit.

Nur unter dem Gesichtspunkt einer Politik der Rache läßt sich die Drohung mit einer ausgesprochen antikonservativen, gegen die politische und wirthschaftliche Sammelpolitik gerichteten Neubildung der preußischen Regierung beurtheilen. Nicht in erster Linie die Konservativen, sondern zunächst der preußische Staat, die Hohenzollern-Monarchie und die gesammten vaterländischen Interessen sind es, die bedroht und geschädigt werden müßten, wenn den fortgesetzten Beschwörungen der liberalen Presse Folge gegeben wird, einen vollständigen Systemwechsel eintreten zu lassen und unter einem im liberalen und demokratischen Sinne neugebildeten Ministerium den Vernichtungskampf gegen die konservative und landwirthschaftliche Opposition zu eröffnen. Nach Lage der Dinge könnte sich eine solche neue Regierung nur auf diejenigen Elemente stützen, welche die bisherige staatserhaltende, nationale Regierungspolitik in Preußen wie im Reiche und besonders alle antisozialdemokratischen Regierungsaktionen grundsätzlich bekämpft haben. Den Bedürfnissen einer antikonservativen Vergeltungspolitik in Preußen müßten dann selbstverständlich die allgemeinen Reichsinteressen untergeordnet werden, der Kurswechsel müßte sich folgerichtig auch auf die Reichspolitik erstrecken; denn die Berliner Regierung könnte doch unmöglich im Reiche die bisherige Politik fortsetzen und gleichzeitig in Preußen im liberal-demokratischen Fahrwasser segeln. Die bedenklichen Folgen eines Konflikts, wie ihn die Demokraten aller Schattirungen heraufbeschwören möchten, liegen indeß so klar auf der Hand, daß man wohl erwarten darf, die Besonnenheit werde in Berlin noch rechtzeitig den Sieg über die impulsiven Vergeltungsbedürfnisse des Augenblicks gewinnen und der Einsicht Platz machen, daß diesen nur auf Kosten der höchsten staatlichen, nationalen und monarchischen Interessen Rechnung getragen werden könnte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. August.

* Rennes. Prozeß Dreyfus. Zum Schluß der heutigen Verhandlung erklärte der Untersuchungsrichter Bertulus energisch, er habe nicht gesagt, daß Esterhazy nicht ein Verräther sei; seine tiefe, unerschütterliche Ueberzeugung sei im Gegentheil, daß Esterhazy es ist, der den Verrath verübt habe, und daß er es allein ist.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus verwies heute den Gesetzentwurf betr. die Polizeiverwaltung in den Vororten von Berlin an die Kommission zurück, womit die Vorlage für diese Session unter den Tisch gefallen ist. Ferner wurde eine Anzahl Petitionen erledigt. Ueber eine Petition um Belassung der Wasserbauverwaltung beim Ministerium für öffentliche Arbeiten bezw. um Bildung eines eigenen Wasserbauministeriums wurde zur Tagesordnung übergegangen, da bei der jetzigen Geschäftslage das Haus über eine so wichtige Frage keinen Beschluß fassen will. Morgen: Berliner Gerichtsorganisation, Rentenguts-Gesetznovelle. Das Haus hält noch am Mittwoch Sitzung ab, dann erst wieder am Sonnabend zur Erledigung der vom Herrenhaus geänderten Justizgesetze. Es wird angenommen, daß am Sonnabend geschlossen wird, da nur noch Werth auf die Erledigung der Justizgesetze gelegt wird. Im Abgeordnetenhaus ist allerdings noch für heute Abend von der Kommission für das Gemeindewahlrechtsgesetz eine Sitzung anberaumt, in welcher über einen von konservativer Seite vorgeschlagenen Kompromiß verhandelt werden soll, doch wird die Aussicht auf Erfolg für wenig wahrscheinlich gehalten. Eine Auflösung des Abgeordnetenhauses würde erst nach dem formellen Schluß beider Häuser des Landtags erfolgen.

Berlin. Der Chef des Civilkabinets, Herr v. Lucanus, fuhr heute Mittag beim Reichskanzler vor und hatte eine halbstündige Konferenz mit demselben. Dann begab sich Herr v. Lucanus zum Minister v. Miquel, bei dem er etwa eine Stunde verweilte. Für heute Nachmittag 4 Uhr waren sämmtliche Minister vom Fürsten Hohenlohe zu einer vertraulichen Sitzung in seine Amtswohnung geladen.

Berlin. Es verlautet, der Kaiser werde noch heute Abend in Berlin zurückerwartet. In den Wandelgängen wurde behauptet, daß der Kaiser bereits die Demission des Gesammtministeriums angenommen habe, doch scheint sich dies nicht zu bestätigen. — Von unterrichteter Seite wird die Angabe bestritten, daß die Rückkehr des Prinzen Heinrich bevorstehe.

Berlin. Während die liberale Presse fortfährt, die Entlassung des preußischen Staatsministeriums zu fordern und namentlich scharfe Angriffe gegen Minister v. Miquel richtet, vertheidigt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." die Regierung gegen diese Angriffe. Als sich unverkennbar gezeigt habe, daß sich die Opposition gegen den Kanal nicht mehr auf sachliche Gründe stütze, sondern, durch übel berathene den Zusammenhang der Dinge verkennende oder verleugnende Führer geleitet, die Angelegenheit zu einer politischen, persönlichen Machtfrage stempelte, habe die Regierung nicht gezögert, energisch auf die Konsequenzen eines solchen Verfahrens hinzuweisen. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß der Ausgang der Kanalfrage eine Verschärfung der politischen und wirthschaftlichen Gegensätze zu Wege gebracht habe, die nicht ohne Rückwirkung auf die allgemeine Politik bleiben könne. Die „Nordd. Allg. Ztg." schließt: Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn sich die Wogen der Erregung gelegt haben, und die bereits begonnene Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Parteien und der Parteien untereinander sich vollzogen hat, eine Klärung der Ansichten Platz greifen wird, die einen gewaltigen Rückschlag gegen die gegenwärtige Herrschaft der Partei-Interessen und der Parteitaktik bedeutet. Rascher vielleicht als Viele heute annehmen, wird sich die Bevölkerung bewußt werden, welcher Schlag gegen seine vitalen, kulturellen, wirthschaftlichen und militärischen Interessen geführt wurde, als man vermeinte, die Regierung zu treffen, die sich in den Dienst eines Kulturwerks gestellt hat, dessen Größe und Bedeutung Niemand zu leugnen wagt. — Die ministerielle „Berl. Korr." äußert sich in ähnlicher Weise und meint, der Mittellandkanal muß und wird die allgemeine Anerkennung sich erobern. Die Ablehnung des Abgeordnetenhauses bedeutet in der Kanalfrage einen Aufschub, keine endgiltige Entscheidung. — Die „Post" schlägt vor, daß nach einem der Dortmunder Kaiserworte der Versuch unternommen werde, durch eine den Mittellandkanal und sämmtliche in Verbindung damit stehende Verkehrseinrichtungen und Anlagen umfassende Enquete in die weitesten Kreise der Bevölkerung volle Klarheit über die Wirthschafts-, Verkehrs- und politische Bedeutung des Kanalplans zu tragen und so auf dem Wege des Kampfes, auf dem der freien Ueberzeugung zu einem allseitig befriedigenden Abschluß zu gelangen. — Die „Kreuzztg." tritt einer Ueberschätzung der Bedeutung der Ablehnung der Kanalvorlage entgegen; es handle sich um eine wirthschaftliche, nicht um eine politische Frage. Die Lage sei ernst, sie würde aber unendlich viel ernster sich gestalten, wenn die Regierung dem Drängen des Liberalismus nachgeben würde. Der Kaiser lege einen besonderen Werth auf die charaktervolle Persönlichkeit, gewiß würde er sich gefreut haben, wenn sein Wunsch, den Kanal angenommen zu sehen, sich erfüllt hätte. Ob Se. Majestät aber auf diejenigen Konservativen, die gegen ihre ernste Ueberzeugung für den Kanal gestimmt hätten, mit besonderem Wohlgefallen als charaktervolle Persönlichkeiten geblickt haben würde, sei mehr als zweifelhaft. Die „Kreuzztg." schließt: Ist die Kanalidee mit allen ihren weiten Ausblicken wirklich entwickelungsfähig, dann wird sie sich auch, wie Se. Majestät sagt, „mit der Zeit Bahn brechen." Das warten wir mit Geduld ab, und die Regierung könnte es unserer Ansicht nach nicht minder thun. An anderer Stelle druckt die „Kreuzztg." ein Schreiben aus der Provinz ab, in welchem die Rede des Fürsten Hohenlohe als die „empörendste Leistung, die lange vorgekommen" bezeichnet wird. — Die „Deutsche Tagesztg." schreibt: Wir warten ruhig ab, bis weitere Maßnahmen getroffen oder authentisch in Aussicht gestellt werden. Mögen diese Maßnahmen sein wie sie wollen, wir werden uns niemals auch nur einen Schritt breit von dem sachlichen und dem verfassungsmäßigen Standpunkt abdrängen lassen. — Die „Berl. N. N." sagen: Daß die Konservativen nicht von vorherein erkannt haben, wessen Geschütze sie in Wirklichkeit mit ihrem Widerstand gegen die kaiserliche Verkehrspolitik besorgen, beweist ein überaus geringes Maß von politischer Einsicht. Immerhin verdient es ernste Erwägung, ob nicht trotzdem die jetzige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gegenüber einer starken Vermehrung der Macht des Linksliberalismus das kleinere Uebel ist. — Die „Nat.-Ztg." verlangt eine gründliche Umbildung des Staatsministeriums; dieselbe dürfe sich nicht auf eine Ersetzung des Ministers des Innern, v. d. Recke, beschränken. — Die „Voss. Ztg." schreibt: Eine Niederlage, wie sie seit einem Menschenalter und mehr keiner preußischen Regierung widerfahren ist, eine Niederlage, die sogleich nach den Dortmunder Reden sich scharf gegen den Monarchen selbst richtet, das ist die Frucht der Politik des Ministers v. Miquel, den der Kaiser „seinen Mann", den Mann, „der es schon machen" wird, genannt hat. Und so hat auch der vielgerühmte Staatskünstler, der lange verpönte Günstling und Gönner der Agrarier, Anlaß daran zu denken, daß Jeder sieht, „er sei auch wer er mag, ein letztes Glück und einen letzten Tag". Die ultramontane „Köln. Volksztg." schreibt: Die Regierung könne das Abgeordnetenhaus gegenwärtig nicht auflösen, weil die Justizgesetze noch unerledigt seien, desgleichen müßte die Gemeindewahlrechtsfrage zu einem einigermaßen befriedigenden Abschluß kommen. Herr v. Miquel habe, wie in parlamentarischen Kreisen versichert wird, erklärt, die Wahlrechtsfrage solle unter allen Umständen erledigt werden, auch wenn die Kanalvorlage falle. Am Mittwoch werde der Landtag auf acht Tage vertagt, inzwischen dürften sich so viele Einflüsse in die Erwägungen der Krone, sowie der Regierung eindrängen, daß sich heute noch nicht absehen lasse, was komme. Ausschlaggebend sei die Meinung des Kaisers, auf die die Konservativen durch Anbietung ihrer Waffengenossenschaft gegen den Umsturz hinarbeiten. Wenn sie damit Glück haben, komme es vielleicht zu einer Auflösung des Ministeriums und nicht des Abgeordnetenhauses.

Potsdam. Die Kaiserin ist mit den kaiserlichen Kindern heute Abend von Wilhelmshöhe auf der Wildparkstation eingetroffen.

Hamburg. Der Geschäftsführer der See-Berufsgenossenschaft H. Stoever, hat sich heimlich von Hamburg entfernt. Er hat sich Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen, die er durch Buchungs-Manipulationen zu verdecken verstanden hat. Diese Unterschlagungen, deren Höhe noch nicht festgestellt werden konnte, dürften eine nicht unbedeutende Summe umfassen.

Köln. Der Zustand des Weihbischofs Dr. Schmitz hat sich derart verschlimmert, daß er heute Vormittag mit den Sterbesakramenten versehen wurde.

* Köln. Der Weihbischof Dr. Schmitz ist heute Nachmittag gestorben.

Mainz. Die Begrüßung des Kaisers mit dem Großherzog war überaus herzlich. Die Kaiserin Friedrich wurde von der Großherzogin auf dem Bahnhof Kastell empfangen. Nach Beendigung der Parade ritt der Kaiser an der Spitze der Fahnenkompagnie in Mainz ein, überall von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Der Kaiser begab sich dann mit dem Großherzog zum Palais, wo die Gesangvereine eine Ovation darbrachten.

Wien. Hier wird behauptet, der Militärattachée Oberst Schneider werde den Major Cuignet fordern und zu diesem Zwecke nach Paris reisen.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Küche und Haushalt